

Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit- in politisches Minenfeld

Redetext – Jasmin Buck

Eingangsstatement aus dem Artikel „Meine Generation hat keine Lobby“, erschienen am 16. November 2013 in der „Rheinischen Post“

Als ich 1986 geboren wurde, hieß der Arbeitsminister Norbert Blüm. Er sagte, die Rente sei sicher. Als ich Abitur machte, forderte die Regierung junge Menschen auf, ihr Geld am Kapitalmarkt anzulegen, weil auf die Rente kein Verlass mehr sei. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt das Nettorentenniveau heute 51 Prozent. Wer 2030 in Rente geht, erhält dagegen 43 Prozent. Kommen heute noch drei Jüngere für einen Rentner auf, werden es im Jahr 2030 nur noch zwei sein. Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass diese Entwicklung den Wohlstand unserer Gesellschaft bedroht. Die Politik muss deshalb handeln – und die Lasten gerechter verteilen.

Der Begriff „Generation“

Jede Generation ist gekennzeichnet durch Erfindungen und Wirtschaftswunder, aber auch Krisen und Kriege. Keine Generation lebt so wie die vorherige, multipliziert mit einem konstanten Fortschrittsfaktor.

Hinführung zum Thema

Die Babyboomer-Generation, in einer Zeit geboren, als ihre Mütter im Durchschnitt circa 2,4 Kinder auf die Welt brachten, hat selbst weniger als 1,4 Kinder pro Mutter bekommen. Ein Kind pro Mutter fehlt, um die Finanzierungslast über die beiden Generationen hinweg gleichzuhalten. Wer soll die Kosten für die zusätzliche Finanzierungslast tragen? Im derzeitigen Umlageverfahren wird die Last der dritten Generation, nämlich den Kindern der Babyboomer aufgebürdet. Das erscheint ungerecht: Intuitiv erscheint es richtiger, dieser Generation die Folgen ihrer eigenen „Kinderunfreudigkeit“ anzulasten. Das allerdings wäre ein naives Generationengerechtigkeitsargumente.

Die Lebenserwartung erhöht sich derzeit etwa alle sieben Jahre um ein Jahr. Dies bedeutet, dass jede Generation etwa vier Jahre länger lebt als die vorherige. Wer soll diese zusätzliche Finanzierungslast tragen? Man könnte argumentieren, dass diejenige Generation die Finanzierungslast tragen muss, die von der längeren Lebensspanne profitiert. Im konkreten Fall hieße das, die neue Rentnergeneration muss entweder vier Jahre später in Rente gehen oder eine entsprechend niedrigere Rente in Kauf nehmen. Ist das gerecht?

Was ist gerecht? Eine Bestandsaufnahme

Die Frage, ob es in Deutschland gerecht zugeht, lässt sich nicht unabhängig von subjektiven Wertvorstellungen beantworten. So haben die Deutschen das Gefühl, dass die soziale Gerechtigkeit schwindet. Das geht aus einer Umfrage für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft aus dem Jahr 2013 hervor. Laut der Befragung durch das Institut Allensbach finden 64 Prozent, dass die soziale

Gerechtigkeit in den vergangenen vier Jahren abgenommen hat. Als Hauptgrund dafür werden ungleiche Startchancen schon für Kinder genannt.

Für Renate Köcher, die Chefin des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts, handelt es sich um einen „Chamäleon-Begriff“ – jeder verstehe etwas anderes darunter. Dabei spielten die Lebensumstände des Einzelnen eine maßgebliche Rolle. So halten die Ostdeutschen das Lohngefälle zwischen Ost und West mit überwältigender Mehrheit für unfair, die Westdeutschen dagegen nicht. Arbeiter finden, dass Arbeiterkinder bei den Aufstiegschancen benachteiligt sind. Selbstständige oder leitende Angestellte widersprechen dieser Ansicht vehement. Und während das Gros der Mittel- und Oberschicht davon überzeugt ist, dass sich Leistung hierzulande lohnt, hält die große Mehrheit der kleinen Leute das ganze Wirtschaftssystem für ungerecht, erklärte Köcher.

Was ist gerecht? Zahlen und Fakten

Ein Blick in die Statistik zeigt: Seit 2005 ist die Arbeitslosenquote stetig gesunken, im Mai 2014 betrug sie historisch niedrige 6,6 Prozent. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl in Deutschland im Vergleich zum April dagegen leicht um 24 000 auf knapp über 2,9 Millionen gestiegen. 2007 registrierte die Bundesagentur für Arbeit 1,73 Millionen Langzeitarbeitslose, 2012 waren es nur noch 1,03 Millionen.

Gleichzeitig aber verdrängen Zeitverträge, Minijobs und Leiharbeit – anders als bisweilen behauptet – nicht im Mindesten die Vollzeit und unbefristet angestellten Arbeitnehmer. Die genauen Zahlen: Zwischen 2000 und 2011 hat sich der Anteil der Normalarbeitnehmer auf fast 44 Prozent ganz leicht erhöht. Die insgesamt höhere Beschäftigung verdankt sich aber klar einem von 10,6 auf 14,7 Prozent gestiegenen Anteil der atypischen Jobs; also den Minijobbern und Werksverträglerinnen und den Angestellten mit Befristungen. Ein gutes Viertel aller Beschäftigten erzielt dabei gerade einmal Stundenlöhne, die ein Drittel unter den durchschnittlichen Werten liegen.

1998 gehörten der unteren Hälfte der Bevölkerung drei Prozent des Privatvermögens, also Häuser, Aktien, Festgeldkonten, Schmuck oder Grund und Boden; 2008 ist der Anteil auf nur noch ein Prozent geschrumpft. Das obere Zehntel vereinte bereits 1998 rund 45 Prozent der Besitztümer auf sich. Zehn Jahre später sind es 53 Prozent. Der oberen Hälfte der Deutschen gehören insgesamt sogar 99 Prozent des Gesamtbesitzes. Wer kann angesichts solcher Zahlen leugnen, dass die Vermögen in Deutschland ungleich verteilt sind. Die Daten haben nur einen Makel: Sie sind zu alt, um Aussagen über die Gegenwart zuzulassen. Denn das Material von 2008 erlaubt weder Schlussfolgerungen darüber, was in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise aus dem Kapitalvermögen (besonders aus Aktien und Unternehmensanleihen) wurde, noch bildet es den jüngsten bundesdeutschen Immobilienboom ab. Häuser und Eigentumswohnungen aber spielen gerade bei den großen Vermögen eine wesentliche Rolle. Noch ist also gar nicht seriös zu sagen, ob die Wohlhabenden heute noch reicher oder vielleicht etwas weniger reich sind, als sie es 2008 waren.

Ungleicher als die Einkommen sind jedoch die Vermögen verteilt. So verfügen die 3,5 Prozent Einkommensreichen des Jahres 2010 über 10,7 Prozent des Gesamteinkommens und 19,3 Prozent des Gesamtvermögens. Ihr Anteil am Einkommen ist also dreimal und am Vermögen mehr als fünfmal so groß wie ihr Bevölkerungsanteil. Am unteren Ende haben die 14,6 Prozent Einkommensarmen nur 5,9 Prozent des Gesamteinkommens und sogar nur 3,1 Prozent des Gesamtvermögens.

Arm oder von Armut gefährdet, das ist nach offizieller Definition in Deutschland zum Beispiel jeder Alleinlebende, der im Monat etwas weniger als 1000 Euro zum Leben hat. Oder eine Familie mit Mutter, Vater und zwei Kinder, die weniger als 2100 Euro ausgeben können. Rund 16 Prozent der Deutschen fallen in diese Kategorie.

Was ist gerecht? Erste Schlussfolgerung

Selbstverständlich ist in unserer Gesellschaft noch nicht alles gerecht. Das größte Defizit, dass immer noch Einkommen und Bildungsstand der Eltern den Schulerfolg der Kinder bestimmen, ist ohnehin nicht mit Umverteilungspolitik zu beseitigen. Die Milliarden für Eltern- und Betreuungsgeld wären sinnvoller in kostenlose Kinderkrippen und Ganztagschulen investiert. Bildungspolitik ist heute die eigentliche Sozialpolitik.

Die meisten Deutschen sehen vor allem den Staat und nicht die Bürger oder die Wirtschaft in der Verantwortung, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Gerade weil der Begriff so schwammig ist, ist Enttäuschung unausweichlich. Und tatsächlich glauben zwei von drei Bürgern, dass die Politik die Unterschiede nicht verringere, sondern sogar vergrößere.

Generationengerechtigkeit

Dahinter verbirgt sich zum einen die Frage, ob eine der lebenden Generationen - Kinder, Erwerbsbevölkerung, Rentner - gegenüber den anderen systematisch benachteiligt wird. Zum anderen geht es darum, ob wir auf Kosten unserer Nachfahren leben, ihnen beispielsweise nichts als einen überschuldeten Staatshaushalt überlassen werden.

Die meisten Menschen halten ein gewisses Maß an Gleichheit für gerecht. Wenn dem so ist, würde sich der Begriff Generationengerechtigkeit weitgehend mit der Idee der Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns decken. Nachhaltig wirtschaften heißt, dass Leistungen und Gegenleistungen über Generationen hinweg ausgeglichen sind. Diese Definition entspricht der Debatte über Generationengerechtigkeit in der Öffentlichkeit: Dort wird mit dem Begriff sowohl die Ungleichheit zwischen Altersgruppen als auch zwischen Alterskohorten - eine Gruppe von Menschen, die etwa gleich alt sind - thematisiert. Im ersten Fall ist eine Ungleichheit zwischen Altersgruppen im Querschnitt gemeint, etwa die unterschiedlichen Quoten der Sozialhilfeempfänger in der Gruppe der Älteren und der Familien mit Kindern. Im zweiten Fall geht es darum, ob Geburtskohorten im Längsschnitt durch den Sozialstaat ungleich behandelt werden. Zudem fällt unter Generationengerechtigkeit das Argument, dass die heute jüngere Generation wegen der verstärkten Konkurrenz um Bildungstitel, Ausbildungs- und Arbeitsplätze insgesamt schlechtere Startchancen hat als ihre Vorgänger-Generationen.

Nach einer Studie, die das Meinungsforschungsinstitut Allensbach 2012 für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durchgeführt hat, heißt Generationengerechtigkeit für die Befragten, dass junge Menschen von ihrer Arbeit leben können; dass der Staat dafür sorgt, dass Ältere nicht in Not geraten; dass die eigenen Beiträge auch später noch zum Leben reichen; dass ältere Arbeitnehmer dieselben Beschäftigungschancen haben wie jüngere; dass keine Alterskohorte bevorzugt oder benachteiligt wird.

Denn fest steht: Das Problem der Generationen(un)gerechtigkeit entsteht nicht, weil "gierige Greise" das soziale Sicherungssystem plündern oder junge Menschen keine Verantwortung übernehmen. Es entsteht, weil die Politik den kommenden Generationen die Chance, ihr eigenes Leben so zu gestalten wie ihre Eltern und Großeltern, unter einem Berg von Lasten begräbt (siehe Generationenbilanz).

Generationenvertrag

Zwischen Jung und Alt gibt es in Deutschland eine Art Generationenvertrag. Die Erwerbstätigen sorgen mit ihren Beiträgen für die Alterseinkommen der Ruheständler. Die jeweilige Generation der Beitragszahler vertraut darauf, dass auch ihr Lebensabend später von den Jüngeren genauso finanziert wird. Den Vertrag gibt es nicht als Schriftstück. Die Politik muss aber dafür sorgen, die Interessen der Alten und der Jungen unter den sich verändernden Bedingungen einer älter werdenden Gesellschaft immer wieder in Einklang zu bringen.

Das Problem: Der Generationenvertrag setzt eine kontinuierliche Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen voraus, da wichtige Teile des sozialen Sicherungssystems (etwa Renten und Krankheitskosten) in Deutschland durch Beiträge der Erwerbstätigen finanziert werden. Die demografische Alterung torpediert dieses System. Kamen 1991 noch mehr als vier Arbeitnehmer auf einen Rentner, wird diese Zahl bis 2030 auf unter zwei sinken, bis 2060 sogar auf 1,3. Weit weniger als zwei Personen müssten künftig also eine volle Rente finanzieren. Damit das gelingt, muss entweder der Rentenversicherungsbeitrag enorm steigen oder aber die Rente drastisch sinken. Die Folge: Der Generationenvertrag wankt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes können heute fast 470 000 Menschen in Deutschland nicht von ihrer Altersrente leben. Dass diese Zahl künftig noch steigen wird, scheint absehbar.

Generationenbilanz

Seit Jahren erstellt Bernd Raffelhüschen eine Studie zur sogenannten Generationenbilanz. Darin prüft der Freiburger Professor, welche Verpflichtungen den heute jungen Menschen aufgebürdet werden. Das Forschungszentrum Generationenverträge unterscheidet dabei die explizite Verschuldung, die jeder in den Haushaltsplänen von Bund, Ländern und Gemeinden ablesen kann - und die sogenannte implizite Verschuldung. Das sind jene Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft, die heute begründet werden, beispielsweise künftige Pensionszahlungen für Beamte. Die explizite Staatsschuld ermittelt der Ökonom mit rund 80 Prozent der wirtschaftlichen Jahresleistung (Basisjahr 2012). Die verdeckte ist dagegen fast doppelt so hoch: Sie beträgt 147 Prozent. Damit summieren sich die Schulden für die künftigen Generationen auf fast 230 Prozent.

Hinzu kommt, dass Renten- und Pflegeversicherung nicht nachhaltig finanziert sind. Der Zuschuss des Bundes aus Steuergeldern zur Rentenversicherung betrug 2013 bereits 81 Milliarden Euro - 27 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts. Schon jetzt liegt die Staatsverschuldung bei mehr als zwei Billionen Euro. Jede Sekunde kommen rund 1560 Euro dazu. Der 56 Jahre alte Raffelhüschen rechnet vor: Alle Deutschen müssten rund zwei Jahre und drei Monate alle erzeugten Werte zur Verfügung stellen und dürften nichts konsumieren, um diese Verpflichtungen abzutragen.

Wie zeigt sich das aktuell? Eine politische Bestandsaufnahme

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kontert die Kritik der Jüngeren, die zuvor vor allem die geplante Aufweichung der Rente mit 67 und die Erhöhung der Mütterrenten angeprangert hatten, auf einem Parteitag in Berlin im Dezember 2013. Es stimme nicht, dass der Koalitionsvertrag zu wenig für jüngere Menschen enthalte, sagt die CDU-Vorsitzende. Union und SPD hätten neben besseren Renten- und Pflegeleistungen auch Mehrausgaben für Schulen, Hochschulen, Forschung und Verkehr beschlossen. „Ich glaube, der Kompromiss, den wir gefunden haben, ist tragbar“, sagt die Kanzlerin. Das beurteilen namhafte Experten allerdings völlig anders: Sie sehen in der Koalitionsvereinbarung eine eklatante Schiefelage zu Ungunsten der Jüngeren. Im Verteilungskampf um milliardenschwere Mehrausgaben hätten klar die Älteren gewonnen. Schlimmer noch: Die jüngere Generation werde für die Jahr für Jahr steigenden Mehrausgaben der Renten- und Pflegeversicherung immer höhere Beiträge bezahlen müssen. Raffelhüschen hält einen Anstieg des Rentenbeitrags von derzeit 18,3 auf 28 Prozent bis 2040 für realistisch.

„Dieser Koalitionsvertrag ist ein Vertrag für die ältere Bevölkerung. Die Rentenbeitragssenkung für die Jüngeren wurde abgeblasen, und die Wohltaten gehen an die Älteren“, sagt der Münchner Rentenexperte Axel Börsch-Supan. „Und wenn es in späteren Jahren wieder eng wird mit der Finanzierung der höheren Renten, werden diese Wohltaten wieder abgeblasen, aber die Beiträge für die dann jüngere Generation werden dennoch steigen müssen.“ Ralph Bruegelmann vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft geht noch weiter: Er sieht das Verursacherprinzip verletzt, denn für den Erwerbstätigenrückgang und die geringen Geburtenzahlen der Vergangenheit seien maßgeblich die Älteren verantwortlich. „Doch die Last des demografischen Wandels bürdet die Koalition nun einfach den jüngeren und künftigen Generationen auf, die für die Alterung der Gesellschaft gar nicht viel können.“ 23 Milliarden Euro veranschlagen Union und SPD für die Mehrausgaben aus dem Bundeshaushalt bis 2017. Hinzu kommen neue Leistungen aus der Sozialversicherung von bis zu 100 Milliarden Euro ab 2014.

Diese zusätzlichen Leistungen plant Schwarz-Rot für die Älteren: Den stärksten Akzent setzen Union und SPD im Koalitionsvertrag bei den Renten. Experte Börsch-Supan beziffert die Kosten der Rentenpläne auf mindestens 65 Milliarden Euro allein in den kommenden vier Jahren, Raffelhüschen kommt bis zum Jahr 2100 sogar auf etwa 700 Milliarden Euro. Größter Einzelposten dabei ist die Aufstockung der Renten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Deren Bruttorente soll ab Mitte 2014 in Westdeutschland pro Anrechnungsjahr und Kind um 28 Euro monatlich, im Osten um 25 Euro steigen. Dadurch wird die Rentenversicherung um jährlich 6,6 Milliarden Euro zusätzlich belastet. Bis 2018 werden für die höheren Mütterrenten laut Rentenversicherung Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro anfallen.

Besonders teuer wird für die Rentenversicherung mittelfristig auch die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 bei 45 Versicherungsjahren. Die Koalition rechnet hierfür bis 2030 mit jährlichen Mehrausgaben von insgesamt 4,4 Milliarden, Rentenexperte Börsch-Supan hält sogar das Dreifache dieser Summe für realistisch. Die Rente für Erwerbsgeminderte soll aufgestockt werden, hier schlagen voraussichtlich zwei Milliarden Euro bis 2017 zusätzlich zu Buche. Spätestens 2017 will die große Koalition zudem eine Lebensleistungsrente für Geringverdiener einführen, deren Kosten bei voller Jahreswirkung auf drei Milliarden Euro geschätzt werden.

In der Pflegeversicherung verschafft sich die Koalition zunächst finanziellen Spielraum, indem sie den Pflegebeitragssatz für die Erwerbstätigen um insgesamt 0,5 Prozentpunkte anhebt. Die Pflegeleistungen sollen bis 2017 um fünf Milliarden Euro ausgeweitet werden. Schwarz-Rot will mehr Pflegekräfte finanzieren, die Leistungen für Demenzerkrankte ausweiten, ein Pflegekrankengeld für Angehörige einführen.

Diese zusätzlichen Leistungen plant Schwarz-Rot für die Jüngeren: Die jährlichen Mehrausgaben für die jüngere Generation machen – gemessen an Börsch-Supans Schätzung für die Mehrbelastung der Rentenkasse von bis zu 65 Milliarden Euro bis 2017 – nur etwa ein Zehntel der Wohltaten für Ältere aus. Der Bund soll die Länder um sechs Milliarden Euro bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen entlasten. Zudem will der Bund für die außeruniversitäre Forschung mehr ausgeben – wie viel genau lässt der Koalitionsvertrag offen. Für den Erhalt der Infrastruktur, die Jüngere und Ältere gleichermaßen nutzen, will der Bund bis 2017 insgesamt fünf Milliarden mehr ausgeben.

Außerdem enthält der Vertrag eine Reihe von angekündigten Maßnahmen nicht, von denen jüngere Generationen profitiert hätten: Union und SPD sehen etwa von der Aufstockung des Bafögs ebenso ab wie von der Erhöhung des Kinderfreibetrags und sie bekämpfen auch die heimlichen Steuererhöhungen nicht. Steuerzahler werden so bis 2017 um insgesamt acht Milliarden Euro zusätzlich belastet.

Was tun?

Zunächst einmal muss es Menschen geben, die auf die Fakten, Zahlen und Missstände hinweisen; die aufklären und sich in der Politik für generationengerechtes Handeln einsetzen. Hier sind vor allem die jungen Menschen und Politiker gefragt. Sie müssen das Thema auf die (politische und soziale) Agenda setzen und sich zu Wort melden. Darüber hinaus geht es darum, keine Wahlgeschenke mehr zu verteilen, noch (viel) mehr in Bildung zu investieren und jungen Menschen Perspektiven in ihrer Berufswelt zu bieten. Dabei sind auch die Unternehmen gefragt.

Vielleicht brauchen wir sogar eine vollkommen neue Berufswelt. Denn in der alten herrscht vor allem Frust. Jeder vierte Beschäftigte in Deutschland hat innerlich gekündigt, 61 Prozent machen Dienst nach Vorschrift, wie aus dem Engagement Index des Beratungsunternehmens Gallup hervorgeht. Leistung wird daran bemessen, wie viele Stunden man bei der Arbeit verbringt, und nicht daran, was am Ende dabei rauskommt. Meine Generation will das ändern. Wir wünschen uns mehr Flexibilität und Freiräume, regelmäßiges Feedback und eine klare Perspektive. Wir wollen, dass sich Arbeit, Familie und Freizeit miteinander vereinbaren lässt. Wir wollen eine Arbeitskultur die allen nützt, auch den Älteren.

Experten sagen zudem, den schnellsten und größten Erfolg verspräche die direkte Ausweitung des Versichertenkreises durch die Einführung der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und Beamte. Unter diesen Bedingungen wäre schon 2020 ein Rentenniveau von 48,5 Prozent bei einem Beitragssatz von 18,9 Prozent möglich. Auch darüber sollte man nachdenken. Alle notwendigen Handlungsanweisungen ergeben sich aus dem engen Korsett, in das uns die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik einzwängt, und aus dem allgemeinen Prinzip der Nachhaltigkeit. Für beides braucht man entsprechende Regeln, langfristige Politik und Kompromisse,

die dann als „generationengerecht“ politisch vermarktet werden. Und fest steht auch: Staatsschulden dürfen nicht immer weiter steigen. Denn dadurch bürdet eine Generation unilateral der nächsten Generation höhere Belastungen auf. Das kann nicht gerecht sein.

Jasmin Buck

Jasmin Buck – Zur Person

Jasmin Buck wurde am 29. August 1986 in Recklinghausen geboren. Ihr Vater ist Bergmann, ihre Mutter Hausfrau. Ihr Bruder, 18 Jahre alt, besucht zurzeit die 12. Klasse einer Gesamtschule. Ihr Mann (33) ist Lehrer an einem Gymnasium in Krefeld. Das Paar lebt in Moers.

Jasmin Buck absolvierte nach ihrem Abitur ein Studium der Kommunikationswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Nach ihrem Master-Abschluss begann sie ein Volontariat bei der *Rheinischen Post* in Düsseldorf. Seit April 2014 ist sie dort Redakteurin im Ressort Politik.

Jasmin Buck war während ihres Studiums Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Zwischen 2006 und 2010 absolvierte sie insgesamt sechs Praktika. Sie ist Mitglied der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie und Energie (IG BCE). Die 27-Jährige ist leidenschaftliche Kriminalromanleserin, geht gerne joggen, verpasst selten einen Spieltag der Fußballbundesliga, liebt italienisches Essen und Spieleabende.